



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	002/0064/2026
	Erstelldatum:	öffentlich
	Aktenzeichen:	08.09.2026
Mittelbereitstellung für OB.31 - Zentrale Dienste zur Finanzierung der Aufrechterhaltung des Postversandes		
Referat für Finanzen, Wirtschaft und Europaangelegenheiten Verfasser: Schafbauer, Martin		
Beratungsfolge	17.09.2026	Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss

Sachstandsbericht:

a) Beschreibung der Maßnahme mit Art der Ausführung
und

b) Begründung der Notwendigkeit der Maßnahme

Mit Schreiben vom 05.08.2026 teilte die Stabsstelle des Oberbürgermeisters, OB.31 - Zentrale Dienste mit, dass die für Portokosten veranschlagten Haushaltsmittel voraussichtlich nicht bis zum Jahresende ausreichen werden.

Der zusätzliche Mittelbedarf wurde gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung insbesondere mit folgenden Entwicklungen begründet:

- Seit dem 01.05.2026 ist eine Stelle beim hauseigenen Botendienst entfallen. Dadurch können zahlreiche Zustellungen nicht mehr in Eigenleistung durchgeführt werden. Davon betroffen sind insbesondere höherpreisige Postdienstleistungen wie Postzustellungsaufträge, umfangreiche Sendungen im Stadtgebiet (z. B. Maxi- und Großbriefe und Einschreiben) sowie der Versand des Theater- und VHS-Programms.
- VHS- und Theaterprogramm-Kataloge werden noch in gedruckter Form produziert und werden derzeit per Paket versendet.
- Die Gebühren für Postzustellungsaufträge sind je Sendung um rd. 63 % gestiegen; gleichzeitig hat sich auch die Anzahl dieser Sendungen erhöht.
- Zudem werden verstärkt die Dienste eines zentralen Druck- und Versanddienstleisters in Anspruch genommen. Zwar liegen die Versandkosten je Schreiben über den reinen Portokosten eines durch die Stadtverwaltung selbst frankierten Standardbriefs, gleichzeitig entstehen jedoch Effizienzgewinne und Materialeinsparungen bei den Fachämtern.
- Obwohl in der Haushaltsplanung 2026 ursprünglich überschlägig eingepreist, hat der Versand der Briefwahlunterlagen für die Kommunal- und Stichwahl überdurchschnittliche Portokosten genauso begünstigt wie diverse Mailingaktionen, wie z. B. der kommunalen Jugendarbeit zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen.

Aus der überprüften Prognose des zusätzlichen Bedarfs ergibt sich bei HHSt. 0.0201.6520 (Post-, Fernmeldegebühren) ein unabweisbarer Mehrbedarf in Höhe von 37.700,- €.

Der Postversand ist für den Betrieb der Stadtverwaltung unerlässlich und die Mittelbereitstellung insofern unabweisbar.

Die Deckung des Mehrbedarfs ist durch eine Entnahme aus der eingeplanten Deckungsreserve 2026 möglich.

c) Begründung der Notwendigkeit der Behandlung im nicht öffentlichen Teil

d) Ablauf- bzw. Bauzeiten- und Mittelabflussplan

Personelle Auswirkungen: ---

Finanzielle Auswirkungen:

a) Finanzierungsplan

b) Haushaltsmittel

Haushaltsplanung bisher:

	HHSt.	HH-Jahr 2026
Post-, Fernmeldegebühren	0.0201.6520	192.000,- €

Haushaltsermächtigung neu gemäß Beschlussvorschlag:

	HHSt.	HH-Jahr 2026
Post-, Fernmeldegebühren	0.0201.6520	229.700,- €

c) Folgekosten nach Fertigstellung der Maßnahme
(davon an zusätzlichen Haushaltsmitteln erforderlich)

d) Umsatzsteuerrechtliche Auswirkungen

Alternativen:

Im Moment ist keine kurzfristige Alternative zur vorgeschlagenen Mittelbereitstellung ersichtlich.

Anlagen:

17.09.2026
SI/HA/15/26

Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss

Beschluss:

Damit die Stabsstelle des Oberbürgermeisters, OB.31 - Zentrale Dienste weiterhin den notwendigen Postversand bis zum Jahresende sicherstellen und finanzieren kann, werden im Haushalt 2026 bei HHSt. 0.0201.6520 (Post-, Fernmeldegebühren) überplanmäßig Haushaltsmittel in Höhe von 37.700,- € bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Entnahme von 37.700,- € aus der Deckungsreserve 2026.

Protokollnotiz:

Finanzreferent Jens Wein erläutert den Sachstandsbericht.

Die Lücke bei den Haushaltsmitteln für Porto sei unter anderem zurückzuführen auf den Wegfall eines Amtsboten zum 31. Mai 2026. Seitdem müsse mehr Post extern versandt werden, da die stadtweite Verteilung durch die Boten nicht mehr möglich ist. Hohe Kosten verursachten insbesondere die Programme von VHS und Theater sowie die Briefwahlunterlagen für die Kommunal- sowie die Stichwahl.

Kulturreferent Dr. Fabian Kern weist auch auf den zusätzlichen Aufwand im Kulturamt hin. Dort müssten nun die Pakete für den Versand an den Theater- und VHS-Verteiler sowie die Programme für die Theater-Abonnenten gepackt und vorbereitet werden.

Die Stadträte Florian Füger (JU) und Christian Schafbauer (CSU) regen eine digitale Bereitstellung der Programmhefte an. So könnten nicht nur Porto- sondern auch Druckkosten gespart werden. Dr. Kern betont die Bedeutung der Papierform, hält aber eine kostengünstigere Umsetzung für möglich.

Tanja Dandorfer (DLA) regt an zu prüfen, ob die Wiedereinstellung eines Boten wirtschaftlicher wäre als die Mehrkosten durch externe Dienstleister.

Es wird festgehalten:

Die Ämter werden beauftragt, den Postausgang der Fachämter zu analysieren und zu ermitteln, wie viel Porto in den einzelnen Bereichen der Stadtverwaltung pro Jahr anfällt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Abdruck an RP, 2.1, 2.2, OB.31